

Étienne Balibar

## **Europa: Krise und Ende?**

Ins Deutsche übersetzt von Frieder Otto Wolf

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

# Mehr als jemals zuvor: Für ein anderes Europa!

## Thesen vom 29. August 2015<sup>1</sup>

Ich möchte hier den Versuch unternehmen – auch auf die Gefahr von Vereinfachungen hin – die Hypothesen zu systematisieren, welche ich formuliere, um begreifen zu können, wie die unterschiedlichen Dimensionen der Krise, wie sie der „Aufbau Europas“ gegenwärtig durchmacht, miteinander verknüpft sind und um zugleich daran zu arbeiten, in dieser Systematik das Projekt der radikalen Transformation zu verankern, für das wir uns hier in unserer großen Mehrheit engagiert haben. Ich möchte dies in zehn Punkten näher ausführen, deren jeder ganz offensichtlich noch einer weiteren Ausarbeitung bedarf; und ich tue dies nicht etwa in der Hoffnung, dadurch etwa unter den hier Versammelten Einigkeit über meine Formulierungen zu erreichen bzw. über die Positionen, welche ich damit aufzeige, sondern vielmehr, um zu einer Diskussion einzuladen – auf dieser Grundlage, sowie aufgrund von dem, was dann noch hinzukommen wird.

### 1. Der gegenwärtige Augenblick

Um den richtigen Anfang zu finden, ist es erforderlich, dass wir uns noch einmal ganz ausdrücklich an etwas erinnern – selbst dann, wenn wir dies bereits alle im Geiste vor unseren Augen haben: Der Augenblick, in welchem diese unsere Diskussion stattfindet, ist ein kritischer Augenblick. Zwei Aspekte dieses Augenblicks haben im Laufe der vergangenen Wochen geradezu die aktuellen Nachrichten beherrscht. Dabei ist es ganz zweifellos kein Zufall, dass sich diese beiden Aspekte gegenwärtig *in Griechenland* überschneiden – und zwar sowohl im Hinblick darauf, was es zu erleiden hat, wie darauf, wofür es die Bühne abgibt.

Auf der einen Seite haben wir das Endergebnis der sogenannten „Verhandlungen“ zwischen der von Alexis Tsipras geführten Regierung und den europäischen

---

1 Diese Thesen bilden die vollständige, nachträglich überarbeitete und weiterentwickelte Fassung der einleitenden Bemerkungen, welche ich am 29. August 2015 zu der Debatte „Europa verändern, in Frankreich verändern“ beigetragen habe, die im Rahmen der Sommeruniversität der französischen kommunistischen Partei in Karallis (Savoyen) stattgefunden hat. Erstveröffentlichung in Crozat u.a. 2015.

„Institutionen“ mit den bekannten [dadurch herbeigeführten] Wendungen der Lage. Im Unterschied zu einigen unserer Freunde spreche ich hier nicht von einer „Kapitulation“ – denn zu kapitulieren, das bedeutet doch, dass man die Waffen niederlegt und den Kampf aufgibt. Und ich glaube eben nicht, dass dies stattgefunden hat. Ich glaube allerdings, dass man durchaus von einer schweren Niederlage sprechen muss, für Syriza ebenso wie für das griechische Volk – und damit auch für die Sache des „anderen Europa“ insgesamt. Aufgrund ihrer (objektiven und auch subjektiven) Auswirkungen – in Bezug auf die es keineswegs hilfreich ist, sich etwa verbergen zu wollen, wie sehr dadurch die Zukunft ungewiss geworden – hat diese Niederlage zu einer sehr schwierigen Lage geführt.

Auf der anderen Seite hat sich das Drama der Flucht und der Migration, welche sich – um den Preis von tausenden von Toten und von unerträglichen Situationen des Elends – gegen die Pforten Europas andrängen, kontinuierlich verschärft, um dann plötzlich geradezu zu explodieren. Wie man hat feststellen können, handelt es sich dabei um die größte Welle von Asylbewerbern und *displaced persons* seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In dieser Lage einer humanitären Katastrophe beweist die Europäische Union ihre Unfähigkeit dazu, ihre internen Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und – unbeeindruckt durch die Erpressungsversuche seitens fremdenfeindlicher Bewegungen – den Empfang aller derjenigen zu organisieren, welche in Afrika und im Nahen Osten aus Situationen fliehen, für deren Zustandekommen Europa selbst zum Teil verantwortlich ist.

Die Komplexität der politischen Landschaft, wie sich daraus ergibt, wird durch die Tatsache angezeigt, dass Deutschland, als die „hegemoniale“ Macht in Europa – welche bei der Zermalmung der Forderungen des griechischen Volkes die Hauptrolle übernommen hatte – zugleich auch (ganz gleich, ob man das nun wahrhaben will) der einzige europäische Staat ist, der in der Frage des Umgangs mit den Geflüchteten ein Minimum an Rationalität und Humanität beweist. Allgemein drängt sich aber heute der Eindruck auf, dass der Aufbau Europas vollständig in eine Sackgasse geraten ist – jedenfalls als ein demokratisches Projekt zum Nutzen der eigenen Bevölkerungen und als ein Beitrag zur Verbesserung des Zustands der gesamten Welt. Es kann uns daher nicht verwundern, dass unter diesen Bedingungen der „Europagedanke“ zunehmend an AnhängerInnen verliert und dass diejenigen Institutionen, welche ihn verkörpern, radikal an Legitimität einbüßen.

## 2. Mein Standpunkt

Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, möchte ich hier den Standpunkt [point de vue] näher ausführen, wie er der von mir vorgeschlagenen Problembeschreibung

als Leitgedanke zu Grunde liegt, und zugleich auf die politischen Schlussfolgerungen eingehen, welche ich daraus ziehen zu können glaube. Ich gebe vollkommen zu: Dieser Standpunkt kann [mit Gründen] bestritten oder auch abgelehnt werden – allerdings nur unter der einen Bedingung, dass dies dann nicht in der Perspektive einer Verteidigung des *status quo* geschieht. Um es kurz zu machen, möchte ich sagen, dass es sich bei diesem Standpunkt um den eines „linken Europäismus“ handelt. Einige Freunde und Genossen (etwa Kouvélakis 2015) haben diesen Gesichtspunkt in letzter Zeit geradezu stigmatisiert, in Reaktion auf die Entwicklung der griechischen Krise, sowie auf diejenigen Positionen, welche ich mit anderen zu diesem Thema vertreten zu können geglaubt habe (Balibar u.a. 2015, sowie Kouvélakis 2015). Das Etikett des *Europäismus*, das vielleicht ja auch beleidigend gemeint ist, soll wohl suggerieren, dass jegliche Unterstützung des Aufbaus Europas als solche bereits die Unterwerfung unter den Zwang eines *Einheitsdenkens* bedeuten muss – dass sie also ganz unvermeidlich dazu führen würde, dass man sich den „Regeln“, d.h. den Zwängen und den Ausrichtungen des neoliberalen Europa unterwirft. In dem ich für mich einen „linken Europäismus“ in Anspruch nehme, möchte ich dagegen unterstreichen, dass es heute – weit mehr als jemals in der Vergangenheit – in Europa und für Europa *um zwei [alternative] Wege geht*. Diese Position hatte Alexis Tsipras (Tsipras 2015b) in einem [Ende] Mai 2015 in *Le Monde* veröffentlichten Artikel beredt vertreten, welcher damals ein breites Echo gefunden hat. Und diese Position scheint immer noch aktuell zu sein (ich würde sogar sagen, sie ist nach den letzten politischen Wechselfällen nur noch aktueller geworden) – auch wenn ich zugeben muss, dass es keineswegs leicht ist, den Gehalt dieser beiden Wege genauer zu bestimmen und die konkreten Modalitäten näher anzugeben, in welchen sich diese „Bifurkation“ vollziehen kann.

Ich wähle ein jüngst formuliertes Urteil von Pierre Khalfa (dem Präsidenten der französischen Kopernikus-Stiftung) darüber als Ausgangspunkt, welche Lehren aus der griechischen Erfahrung zu ziehen sind (Khalifa 2015). Khalfa benutzt seinerseits den Ausdruck „Kapitulation“, um die Annahme der Bedingungen des „Memorandums“ vom 13. Juli 2015 zu kennzeichnen, was ich nicht tun würde, aber er beschreibt dabei die von der griechischen Regierung verfolgte Ausrichtung auf eine Art und Weise, die mir einfach richtig zu sein scheint. Es ging letztlich darum, zwei Zielsetzungen gleichzeitig zu verfolgen: sich der Austeritätspolitik zu verweigern – und damit auch der geradezu unendlichen Verschuldung[, welche damit verbunden war] –, sowie Griechenland in der Eurozone zu halten. Um dies beides zu erreichen, wäre es erforderlich gewesen, von Europa „Kompromisse“ zugestanden zu bekommen. Nun hat Europa aber ganz bedingungslos jeglichen

Kompromiss *verweigert*. Und dies keineswegs aus ökonomischen Gründen (einschließlich von Gesichtspunkten einer guten Finanzverwaltung in Bezug auf die „unhaltbar“ gewordenen Schulden), sondern aus *ideologischen und politischen* Erwägungen. Dabei geht es doch ganz genau darum, gleichsam durch Syriza hindurch der gesamten Bewegung eine Niederlage zu bereiten, welche gegen die Austeritätspolitik in Europa protestiert. Von diesem Moment an befand sich die Regierung Tsipras – welche es sich, um ihren guten europäischen Willen zu demonstrieren, ihrerseits versagt hatte, *einseitige* Maßnahmen (oder auch Maßnahmen eines „Bruchs“) zu ergreifen bzw. vorzubereiten – in einer Lage der völligen Machtlosigkeit und bewegte sich damit unaufhaltsam auf eine Niederlage zu. Ich würde nun aber meinerseits vorschlagen, im Ausgang von denselben Prämissen (dieser *doppelten Zielsetzung*) eine ganz andere Schlussfolgerung zu ziehen: Damit ist nämlich bewiesen, dass es keine erfolgreiche Strategie zugunsten eines „anderen Europa“ geben kann, ohne dass man in Europa eine Veränderung der bestehenden Strukturen (insbesondere der Strukturen der gemeinsamen Entscheidungsfindung) durchsetzt, was dann wiederum voraussetzt, dass es im gesamteuropäischen Maßstab und in der Mehrheit der öffentlichen Meinung ganz Europas zu einer globalen Veränderung der Kräfteverhältnisse kommt. Man wird mir ironisch entgegnen, dass dieser theoretische Fund doch offensichtlich eine sehr schöne Sache sei, da er doch in einer reinen Tautologie bestehe. Und man wird eben danach fragen, wo und wie, sowie auf der Grundlage welcher Perspektiven sich denn diese globale Veränderung wird durchsetzen können. Wie wir alle, bin ich hier noch auf der Suche – und ich mache zunächst einmal ganz schlicht den Versuch, die laufende Entwicklung als solche zu begreifen.

### 3. „Das andere Europa“

Ich werde jetzt daher meinerseits das Losungswort des „anderen Europa“ aufgreifen, unter dem sich ein guter Teil der politischen Mobilisierungen dieser letzten Periode vollzogen hat. Was dieses Losungswort im Grunde zum Ausdruck bringt, ist eben ganz genau, *dass es überhaupt Alternativen gibt* und dass diese Alternativen – trotz ihrer unvermeidlichen Komplexität – in einer *großen Alternative* zusammenfinden. Auf der einen Seite steht *das neoliberale Europa* – d.h. dasjenige Europa, welches der Neoliberalismus (der doch, was wir niemals vergessen sollten, eine *Politik* darstellt und nicht etwa bloß eine einfache ökonomische „Theorie“) geradezu in einem Gewaltmarsch zu prägen im Begriff ist, indem es die sozialen Rechte, die öffentlichen Politiken und die Werte der Solidarität als solche abbaut, um Europa an die finanzgetriebene Globalisierung anzupassen.

Auf der anderen Seite finden wir das *demokratische Europa*, oder besser noch das Europa der Demokratisierung (welche auch eine erneuerte Wertschätzung und Neuerfindung des „sozialen Europas“ impliziert, weil nämlich die Negation der sozialen Dimensionen der BürgerInnenschaft geradezu den Kern der Strategien der „Ent-Demokratisierung“ bildet). Wir sollten gleich einräumen, dass das Erste durchaus *realer* ist als das Zweite, denn es verkörpert sich doch in einer enormen Gesamtheit von hegemonialen Strukturen, Institutionen und Diskursen. Das zweite Europa ist immer noch sehr weitgehend bloß virtuell, denn es existiert allein in der Form von ganz heterogenen Widerständen und Initiativen – aber das bedeutet doch keineswegs, dass es einfach utopisch wäre oder nur ein leeres „Ideal“ darstellen würde. Denn seine virtuelle Existenz verweist auf durchaus reale Widersprüche des ersteren Europa. Ich würde daher sagen, dass in diesem Augenblick das demokratische Europa von den Institutionen und Politiken des neoliberalen Europa geradezu in seine Bestandteile zerlegt ist, dass aber deren Wiederaussetzung – oder eben die Herausbildung einer „Verfassung“ – im Laufe der weiteren Entwicklung der Krise keineswegs undenkbar ist (s. Mezzadra 2013)

Zu diesen vorbereitenden Überlegungen sollten wir noch zwei Klarstellungen hinzufügen. Erstens macht diese Interpretation überhaupt nur dann Sinn, wenn man zunächst einmal einräumt, dass es in Europa heute *durchaus einiges gibt, was irreversibel ist*. Fraglich ist dabei nur, auf welche Ebene es gehört und auch, was hier eigentlich mit Irreversibilität gemeint ist. Natürlich kann man durchaus sagen, dass ganz allgemein betrachtet, in der Geschichte gar nichts irreversibel ist – nicht einmal Konstruktionen und Entwicklungen, welche sich als Errungenschaften für eine Zukunft dargestellt haben. Die UdSSR als eine „post-nationale“ politische Konstruktion oder auch der „Realsozialismus“ als politisch ökonomisches Regime, sind keineswegs irreversibel gewesen – wie sich dies nachträglich erwiesen hat.<sup>2</sup> Warum sollte also der Aufbau Europas mit seiner von den Prinzipien des Neoliberalismus durchdrungenen materiellen Verfassung irreversibel sein? Aber andererseits haben 60 Jahre des Aufbaus Europas die europäische Gesellschaft und auch die Nationen Europas als solche derartig verändert, dass keinerlei Rückkehr zum vorherigen Zustand mehr möglich ist: Der Gedanke einer Rückkehr zu

---

2 [Das gilt offensichtlich für den Aspekt der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise und wohl auch für die vom RGW äußerlich vorgegebene internationale Arbeitsteilung; eine Rückkehr zu den Gesellschaftsformationen der „Zwischenkriegszeit“ ist auch in Ost- und Mitteleuropa keineswegs möglich gewesen.]

nationale Unabhängigkeit – sei es nun *definitiv* oder aber als notwendiger Schritt zur Vorbereitung einer „Wiederaufnahme“ der Union auf (dieses Mal) „gesunden“ Grundlagen, ist ein gefährlicher Mythos. Jeder Versuch, Europa zu „zerstören“ (und sei es auch nur, um es dann besser „wiederaufzubauen“), könnte für seine Völker und seine Nationen nur fatale Konsequenzen haben. Wahr ist jedenfalls, dass die Frage völlig offen ist, wie sich dieses *mixtum compositum* aus nationalen Singularitäten und supranationaler Einheit, wie Europa dies weiterhin darstellt, als solches weiter entwickeln wird. Damit würde dann der Gedanke der Irreversibilität – insoweit er nämlich künftige Bifurkationen und neuerliche Veränderungen ausschliesse – selbst zu einem Moment von Mystifikation und Unterdrückung.

Aus diesem Grunde ist daher noch eine zweite Klarstellung erforderlich. In Bezug auf das Europa von heute besteht die realistische Hypothese nicht etwa darin, von der Unerschütterlichkeit der bestehenden Regeln und Strukturen auszugehen, sondern darin, dass man annimmt, dass es einfach keinen *status quo* mehr geben kann – weder auf der gesellschaftlichen, noch auf der institutionellen Ebene. Man muss doch kein Hellseher sein, um den Gedanken zu fassen, dass wir uns am Vorabend neuerlicher, ganz entscheidender Veränderungen befinden – denn selbst die herrschenden Kräfte können und wollen nicht mehr weiter so „regieren wie früher“. Dies kommt doch in den Vorschlägen klar zum Ausdruck, wie sie seit der „Regelung“ der griechischen Krise (an die nur sehr wenige der europäischen politischen FührerInnen wirklich glauben) ganz nachdrücklich von sich hören lassen. Von allen diesen Plänen ist der „Schäuble-Plan“ zugleich der kohärenteste und der aggressivste, [welcher darin besteht,] die Eurozone zu verselbstständigen und politisch zu institutionalisieren, was nur genau das formalisieren würde, was sich in der „griechischen Sequenz“ [von Ereignissen] bereits empirisch abgezeichnet hat – und was zugleich das Projekt eines „harten europäischen Kerns“ als solches fortsetzen würde, wie dieses derselbe führende Politiker der CDU einst vorgeschlagen hatte.<sup>3</sup> Alles das bestätigt, dass die Widersprüche [in der Krise als solche] zutage treten, dass sie aber auch *vielfältig* sind. In der vor uns liegenden Periode wird daher die große Frage darin bestehen, wer die Fähigkeit dazu besitzen wird, diesen „Hauptwiderspruch“ als solchen zu definieren, und wem es dann gelingen wird, sich dessen zu bedienen, um Europa gemäß neuer Linien erneut aufzubauen. Dabei sind die demokratischen Kräfte keineswegs etwa von Natur dazu verurteilt, bloße Zuschauer diese Konfrontationen zu bleiben. Die

---

3 Es ging damals um das von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers (Schäuble/Lamers 1994) vorgeschlagene *Kerneuropa*, wie es sich heute noch auf der offiziellen Website der CDU/CSU findet.

Gesamtheit der Merkmale des gegenwärtigen historischen Augenblicks entspricht sehr genau dem, was Gramsci als eine Situation des Interregnums bezeichnet hatte – in welchen nämlich die alten Formen schon überholt sind, während die neuen noch nicht geboren sind bzw. noch keine Gestalt angenommen haben.

#### 4. Eine Transformation „von innen heraus“ oder eine „von außen“?

Eine weitere sehr lebhafte Debatte, welche die „griechische“ Sequenz von Ereignissen ausgelöst hat, dreht sich um die Frage, ob es denn überhaupt möglich ist, ein politisches System wie die europäische Union *von innen heraus* zu transformieren, also ohne einen Bruch mit den Regeln, nach welchen es funktioniert, und insbesondere mit dem Grad vom Konsens, welchen diese Regeln einfordern. Diese Debatte wird durchaus leidenschaftlich geführt, weil sie nämlich nicht nur ein Urteil über die Taktiken und über die Haltungen der „Festigkeit“ oder „Kompromissbereitschaft“ impliziert, wie sie in der jüngeren Vergangenheit verfolgt worden sind, sondern eben auch eine Untersuchung der Institutionen der Europäischen Union als solcher – und zwar insbesondere, ob es denn möglich (oder eben unmöglich) ist, in ihrem Rahmen Transformationen oder Reformen durchzusetzen, welche im Gegensatz zu den Zielsetzungen stehen, wie sie bisher in ihrer Funktionsweise verankert sind (insbesondere in Bezug auf die Entwicklung einer bestimmten Form des Kapitalismus). In dieser Debatte begegnen einem daher schon sehr alte Fragen der revolutionären Politik wieder, welche sich aber jedes Mal auf eine neue Weise [dans des termes nouveaux] als solche stellen.

Ich neige hier zu der Auffassung, dass es, um darüber zu einer Entscheidung zu kommen, jedenfalls erforderlich ist, ein allzu einfaches, undialektisches Verständnis dieser Entgegensetzung von „Innerem“ und „Äußerem“ als solche zu bestreiten. Ich würde hier einem Kommentar recht geben, den Roger Martelli zu diesem Punkt formuliert hat, in dem er nämlich dazu aufforderte, dass man die „Logik“ der Funktionsweise eines sozialen und politischen Systems nicht mit diesem System selbst verwechseln dürfe: „Man sollte endlich aufhören, bis zum Überdruß zu wiederholen, dass alle diejenigen, welche für ein anderes Europa kämpfen, sich gleichsam in der Illusion wiegen, dass der gegenwärtige europäische Rahmen reformiert werden könnte, ohne seine grundlegenden Mechanismen als solche anzutasten. Oder man müsste dem eben gleich noch hinzufügen, dass alle diejenigen die im Inneren jeglicher Institution, wie immer diese auch aussieht, miteinander die naive Überzeugung hegen, dass die von Ausbeutung und Herrschaft bestimmten Gesellschaften, in welchen diese Institution funktionieren, sich transformieren könnten, ohne die grundlegenden Logiken anzutasten,



welche diese regieren. Nun bedeutet aber der Wille, innerhalb eines Systems zu handeln, keineswegs bereits, dass man sich dessen „Zwängen“ beugt (...) Ganz im Gegenteil: Wenn gesagt wird, man wolle ein anderes Europa, so impliziert das doch eigentlich, dass das gegenwärtig bestehende Europa von Grund auf inakzeptabel ist und dass es daher nötig ist, diese Logik hinter sich zu lassen, unter welcher Europa erstickt – also diese Logik hinter sich zu lassen und nicht etwa Europa ...“ (Martelli 2015). Das läuft auf die Feststellung hinaus, dass es keinen anderen Weg einer – auch nur partiellen – Transformation des kapitalistischen und neoliberalen Europas gibt, als eben denjenigen, welcher in der Ausnutzung seiner Widersprüche besteht. Das ist zwar richtig, aber das beantwortet noch nicht die Frage, ob man sich deswegen den institutionellen „Regeln“ unterwerfen soll (oder auch, für *welche Regeln* dies gilt). Aber die jüngste Abfolge von Ereignissen hat doch bewiesen, dass diese Regeln – genau betrachtet – gar nichts anderes sind, als Kristallisationsformen bestimmter (politischer) Kräfteverhältnisse zwischen gegensätzlichen Interessen. Genau deswegen ist es hier nötig, auf die Kraft der Gewalt [force] zurückzugreifen (und wie es Giannis Varoufakis 2015c) prägnant formuliert hat, ist die Gewalt der Banken heute nicht weniger groß, noch auch weniger brutal, als gestern noch die Gewalt der Panzer). Aber es ist eben auch wahr, dass Institutionen als solche (oder auch die rechtlich gesatzten „Regeln“, welche durch demokratische, wenn auch vielleicht nur formell demokratisch zustande gekommene Verfahren legitimiert worden sind) ihrer Bestreitung *eine eigene Kraft* entgegenzusetzen haben. Aus dem Grunde ist es ganz allgemein erforderlich, um bestehende Institutionen als solche erschüttern zu können, seinerseits eine *Akkumulation* von gegen sie gerichteten Kräften und Interessen zustande zu bringen, welche sie einfach unerträglich finden. Das bringt dann wiederum Möglichkeiten und Risiken eines Umsturzes in mehrere Richtungen mit sich, welche zueinander manchmal in scharfem Gegensatz stehen. Es ist daher in erster Linie wichtig, die Frage beantworten zu können, welches denn die Kräfte sind, welche heute bestimmte, zum Teil als solche gesatzte und zum Teil informell bestehende „Regeln“ der Funktionsweise der Europäischen Union infrage stellen.

Aber die notwendige Unterscheidung zwischen einem „Agieren im Inneren des Systems“ und dem „Sich-einschließen-in-dessen-Logik“ ist zwar völlig unverzichtbar, sie lässt aber einen anderen noch grundlegenderen, weil nämlich weniger formellen Aspekt der Frage der Transformation außer Betracht: *Es gibt nämlich in der Tat zwei Arten von „Äußerem“* gegenüber dem System und seiner Logik, um welche es hier geht, und diese sind untereinander völlig heterogen. Auf der einen Seite ist zu beobachten, wie sich die konservativen Kräfte – die

Nutznieser des Systems oder auch diejenigen, welche es im Sinne einer noch größeren Ungleichheit transformieren wollen – sich geradezu permanent auf *den* (globalisierten) *Markt*, auf den anonymen „global financial market“, dessen Interessen sie repräsentieren und dessen Forderungen sie zur Geltung bringen, als das „Äußere“ der Europäischen Union berufen. Dieses „Äußere“ ist daher immer schon gleichsam fest [innerhalb Europas] installiert, befindet sich allerdings außerhalb der Reichweite der BürgerInnen. Es gibt aber noch ein weiteres, anderes „Äußeres“: Dasjenige nämlich, welches die Massen von „passiven BürgerInnen“ selber darstellen, welche aus den Debatten über das politische und das soziale System hinaus verdrängt worden sind, in denen es doch aber eben darum geht, wie sie leben können und für welche Forderungen sie eintreten. Man kann nun durchaus die These vertreten, dass die einzige Art und Weise, in dem Kampf, wie er sich im Inneren dieses Systems abspielt, das Übermaß an Kraft und Gewalt (sowie an Fähigkeit, die Anwendung von dessen „Regeln“ auch durchzusetzen), welches die Unterstützung durch das globalisierte „Äußere“ den Herrschenden sichert, wiederum kompensieren zu können, genau darin besteht, dieses „interne“ Äußere, welches aber im Verhältnis zum System und seinen Regeln heterogen geblieben ist, als solches zum Handeln zu provozieren – wie es die ausgeschlossenen oder auch sich-selbst-ausschließenden BürgerInnen darstellen, welche die Anwendung der Regeln als zum Schweigen verurteilt unterstellt. Das wird vielleicht nicht ausreichend sein, aber das ist sicherlich notwendig – und genau dies hat sich auch in einem Teil Europas zu ereignen begonnen.

In diesem Geiste möchte ich jetzt versuchen, drei „Fronten“ abzugrenzen, an denen es mir heute darum zu gehen scheint (und an denen es sogar mehr und mehr darum gehen wird), ob eine Bifurkation zu dem „anderen Europa“ hin überhaupt möglich sein wird. Selbstverständlich hängen diese Fronten ganz eng wechselseitig voneinander ab. Einer derjenigen Punkte, an welchen sie sich überschneiden, ist die heikle Frage *des Euro* – also die nach seiner „Konstruktion“, seiner Funktion und seiner politischen Verwendung, sowie die nach seiner Flexibilität oder auch Inflexibilität. Eine Hypothese von entscheidender Bedeutung besteht hier in meinen Augen darin, dass man darüber nicht sinnvoll diskutieren kann, indem man sich auf eine einzige Dimension schränkt, also etwa auf die der Alternativen zur Austeritätspolitik, auf die der Einbettung Europas und der europäischen Nationen in die Globalisierung oder auf die der antidemokratischen Abwege der europäischen Institutionen. Ich komme daher im Weiteren an den sich dafür anbietenden Stellen darauf zurück.

## 5. Für die Transferunion

Bekanntlich hat die deutsche herrschende Klasse (welcher in diesem Punkt die deutsche öffentliche Meinung weitgehend folgt) das, was sie ganz absolut zurückweist, als die „Transferunion\*“ bezeichnet, worunter sie eine Form der ökonomischen Solidarität versteht, in welcher die „Gläubigerländer“ (und noch allgemeiner alle diejenigen Länder, deren Volkswirtschaften von der Globalisierung profitieren), die daraus gewonnenen Vorteile vermittelt von Finanzhilfen für übermäßig verschuldeten Länder „kompensieren“ (wie dies im Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) jedenfalls skizzenhaft vorgesehen ist), sowie, noch allgemeiner, einen Teil ihrer finanziellen Ressourcen dafür einsetzen müssten, die Entwicklung der anderen zu unterstützen. Ich denke nun nicht nur, dass man diesen Begriff keineswegs umgehen darf, sondern dass man sogar das, was damit gemeint ist, mit lauter und starker Stimme einfordern muss – allerdings nur unter der Bedingung, den Inhalt und die Zielsetzungen [eines derartigen Politikmodells] ganz genau klarzustellen.

Das Allererste, was hierzu zu sagen ist, ist ganz einfach, dass es *bereits* eine ganz enorme Masse von Transferzahlungen zwischen den europäischen Ländern gibt und dass [man] sogar [sagen kann, dass] die Europäische Union auf der Existenz dieser Transferzahlungen beruht. Aber diese Zahlungen bleiben einesteils als solche verborgen und anderenteils sind sie durchaus ungleichgewichtig, insofern sie nur dem Profit eines bestimmten Teils von Europa dienen. Und dieses Ungleichgewicht nimmt auch noch unaufhörlich zu. Damit entwickeln diese Transfers eine deutliche Verwandtschaft zu Mechanismen der Ausbeutung (bzw. in bestimmten Hinsichten, der Schaffung neokolonialer Verhältnisse). Es handelt sich hier um Finanztransfers (welche sich daraus ergeben, dass gewisse europäische Länder – zu denen Deutschland und Frankreich gehören – zu sehr niedrigen oder sogar negativen Zinssätzen Anleihen aufnehmen können, während andere nur zu sehr hohen Zinsen bzw. zu Wucherzinsen überhaupt noch Zugang zu den Finanzmärkten finden), sowie um Transfers von „Humankapital“ (was sich exemplarisch anhand der Art und Weise illustrieren lässt, wie die Höhe der Arbeitslosenquote in den Ländern des europäischen Südens – Spanien, Portugal, Griechenland und Italien –, insbesondere unter den jungen Hochschulabsolventen, es jetzt Deutschland ermöglicht, seine demographischen Schwächen auszugleichen und allgemeiner auch noch die Bildungskosten für die Arbeitskräfte einzusparen, welche es braucht). Es geht aber auch um Art und Weise, wie bestimmte Länder (immer wieder Deutschland) aus dem von ihnen „beherrschten Markt“, welchen ihnen die Eurozone zur Verfügung stellt, ihre Vorteile ziehen, um ihre Fähig-

keit zum Export und zur Durchdringung der weltweiten Märkte (insbesondere Chinas) noch weiter auszubauen. Je mehr diese faktische Transferstruktur sich verallgemeinert, desto deutlicher wird es, dass die Europäische Union mit ihrem System der „unverfälschten Konkurrenz“, welches komparative Vorteile in dominante Positionen transformiert, in Wirklichkeit einen Mechanismus der ungleichen Entwicklung ihrer Bestandteile darstellt, dessen Auswirkungen insgesamt durchaus negativ sind – und zwar sowohl im Hinblick auf die politische Stabilität [Europas], als auch in Bezug auf seine Fähigkeit, gegenüber den zyklischen Schwankungen des Weltwirtschaftskonjunktur zu bestehen. Halten wir jedenfalls fest, dass die Wirklichkeit ebenso wie der einseitige Charakter dieser Transfers durchaus anerkannt wird, sofern man nämlich (wie dies auch einige bedeutende deutsche Intellektuelle und Politiker getan haben) die Bedeutung des Beitrags Europas zur Wiedervereinigung anspricht und damit zur Vorbereitung der gegenwärtigen Überlegenheit Deutschlands. Oder auch, wenn die Europäische Kommission in Brüssel Deutschland (ohne allerdings deswegen auch nur die allermindeste Sanktion zu ergreifen) daran erinnert, dass es seit mehreren Jahren die Regel der Begrenzung seiner Handelsbilanzüberschüsse „verletzt“.<sup>4</sup>

Unser Projekt einer *Transferunion* muss sich daher dagegen geradezu als die *Umkehrung* der [gegenwärtigen, faktischen] Bedeutung des Begriffs darstellen – und eben keineswegs als Einführung [eines derartigen Mechanismus] *ex nihilo*. Und es könnte sich auch nicht darauf beschränken, Mechanismen der finanziellen Kompensation einzurichten – schon gar nicht, wenn diese dann die Form neuer, mehr oder minder aufgezwungener Anleihen annehmen würde, welche nur die Verschuldung der diese Anleihen empfangenden Länder in die Höhe treiben, wodurch der ideologischen Vorstellung weitere Nahrung gegeben worden ist, dass bestimmte, auf Hilfen angewiesenen Länder aufgrund ihrer verschwenderischen Haushaltsführung beständig gleichsam einer Transfusion von Seiten der anderen bedürften, von welchen letztlich dann – in einer grundsätzlich unbegrenzten Spirale – wiederum nur die Banken und anderen Geldverleihinstitutionen profitieren dürften. Derartige Transfers sollten auch nicht in die Perspektive einer schlichten sozialen Umverteilung gestellt werden, so sehr sie auch die Zielsetzung verfolgen, den Ungleichheiten der regionalen Entwicklung und der Ungleichheit der für die BürgerInnen verfügbaren Ressourcen entgegenzuwirken, wie sie gegenwärtig aus Europa tendenziell eine „duale“ Gesellschaft machen. Es wäre dagegen erforderlich, dass sie zu einer gemeinsamen Aufstellung des europäischen Haushalts

---

4 S. <<http://www.lesoir.be/360354/article/economie/2013-11-13/l-allemande-visee-pour-la-premiere-fois-par-une-procedure-en-desequilibre-excessif>>.

fürten und dabei einen beträchtlichen Teil der europäischen, durch Steuern aufzubringenden Ressourcen zum wechselseitigen Nutzen einsetzten, indem sie diese in den Dienst von Projekten der gemeinsamen Entwicklung zwischen europäischen Nationen und insbesondere von Projekten eines „Übergangs“ ganz Europas zu neuen Industrien, sowie zu neuen Energie-Regimen stellten, wie sie aufgrund der klimatischen Erwärmung erforderlich werden – beispielsweise wie dies in Frankreich Michel Aglietta vorschlägt (Aglietta/Leron 2015, sowie Aglietta 2014). Andere Volkswirtschaftler (wie etwa Robert Salais (Salais 2013)) haben sachlich überzeugend darauf hingewiesen, dass es in dieser Perspektive dann auch möglich wird, eine Umstrukturierung der gegenwärtigen Schulden der Gesamtheit der Länder Europas (wiederum insgesamt betrachtet, d.h. sowohl die öffentlichen als auch die privaten) vorzunehmen, welche sie langfristig produktiv einsetzt, anstatt sie weiterhin kurzfristigen Spekulationen auszusetzen.

Es versteht sich von selbst, dass derartige Perspektiven auch eine Reform der institutionellen Konstruktion des Euro und der Geldpolitik (als einer Politik der Wirtschaftsbelebung und nicht mehr einfach nur als eine „Polizei“, welche auf die Inflation aufpasst – gemäß dem ordo-liberalen Dogma, an dem die Deutschen so hängen) und der europäischen Zentralbank (welche dann endlich wirklich zum „lender of last resort“ für die Mitgliedstaaten werden müsste) mit einschließen müssten. Dabei geht es nicht etwa darum, alles das „neu zu machen“, was [in der Vergangenheit] „schlecht gemacht“ worden ist, sondern es geht vielmehr darum, in eine neue Epoche des europäischen „Föderalismus“ einzutreten ..., welcher dann wirklich die Mitgliedstaaten „föderiert“ [– d.h. sie dauerhaft zusammenschließt]. Und *allein* in einem derartigen Rahmen wäre dann diese kollektive Autorität [der Europäischen Union] (wie sie dann von den „Institutionen“ repräsentiert würde – zu denen dann auch, wie Tsipras dies verlangt hat, mit Notwendigkeit die parlamentarische *Vertretung* gehören müsste) wirklich dazu legitimiert, von den Mitgliedstaaten *Verwaltungsreformen* einzufordern und dies dann auch zu kontrollieren, darunter etwa solchen, welche sich auf Korruptionsbekämpfung oder die Effektivität der Besteuerung beziehen.

## 6. Für ein Europa, das global eine andere Welt möglich macht [altermondialisatrice]

Halten wir noch einmal ganz brutal fest, wie sich die Sache verhält: *Es liegt nicht in der Macht der Völker Europas, aus dem Prozess der Globalisierung herauszutreten.* Bei der Globalisierung als einem „totalen“ Phänomen, welches nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und kulturell ist (und man müsste